

„Ein massiver Eingriff in die Natur“



Rechts oben ist die Neuburger Hofkirche zu erkennen, links unten steht das westlichste Haus in Joshofen. Etwa 300 Meter rechts davon würde laut den Entwürfen von Stadtbaumeister Dieter Reichstein im Anschluss an die Donaubrücke die Umgehungsstraße vorbeiführen. So viel Grün wie jetzt würde es dann nicht mehr geben. Bild: xh

Oberbürgermeister Gmehling kann die Argumente der Gegner für eine Ortsumgehung mit Donaubrücke im Osten der Stadt verstehen. Auch er hat seine Bedenken

Die Welle der Kritik am Ratsbegehren zu einer Ortsumgehung mit zweiter Donaubrücke und Osttangente ebbt nicht ab. Auch bei der Bürgerversammlung am Montagabend in Joshofen (siehe Seite 28) war der umstrittene Brückenschlag das große Thema. Mit der Europawahl am 25. Mai können die Bürger darüber abstimmen, ob sich die Verantwortlichen der Stadt intensiv für diese Lösung einsetzen sollen. Ein klares Votum für diese Donauquerung wäre das vom Freistaat Bayern zwingend geforderte Zeichen, um das rund 50 Millionen Euro teure Großprojekt als Baulastträger auf den Weg zu bringen. Angesichts der nicht nachlassenden Kritik an der Brückenlösung im Osten der Stadt sprach unser Redaktionsleiter Manfred Rinke mit Oberbürgermeister Bernhard Gmehling.

Herr Oberbürgermeister, können Sie die Gegner dieser Brückenlösung verstehen?

Gmehling: Absolut. Ihre Argumente sind schließlich nicht von der Hand zu weisen. Auch ich habe mich immer schwer getan mit einer Brückenlösung im Osten. An dieser Meinung hat sich seit dem Stadtratsbeschluss von 2000 nicht viel geändert.

Weshalb dann das vom Stadtrat in Auftrag gegebene Ratsbegehren?

Gmehling: Ich habe zwar wegen der Ostlösung große Bedenken, aber der Weg, auf diese Weise die Meinung der Bürger einzuholen, ist absolut der richtige. Schließlich geht es um eine ganze Menge Geld und einen massiven Eingriff in die Natur. Die Ortsumgehung im Osten wäre zudem wohl die einzige Möglichkeit, den Freistaat Bayern als Baulastträger ins Boot zu holen. Mit einer Lösung im Westen der Stadt gelingt das wohl nicht, mit einer innerstädtischen Lösung keinesfalls.

Wäre die Verkehrsentlastung auf der Eisenbrücke und den Zubringerstraßen durch eine Brücke im Osten so groß, dass Natureingriff und finanzieller Aufwand tatsächlich gerechtfertigt wären?

Gmehling: Laut dem jüngsten Gutachten würde die Ostlösung die Eisenbrücke um rund 3500 Fahrzeuge entlasten und dementsprechend auch auf den Zubringerstraßen sich der Verkehr reduzieren. Bei täglich 24000 Autos **über die Brücke wohl nicht die Wucht**. Die Frage ist: Lohnt sich das im Verhältnis zu den Vorteilen für die Autofahrer? Ich kann jeden verstehen, der das verneint.

Wenn die Ostbrücke für die täglichen Staus vor allem am Morgen und Abend nicht viel bringt: Hätte sie denn auf Dauer gesehen einen positiven Einfluss auf die Gesamtentwicklung Neuburgs?

Gmehling: Auf die Infrastruktur insgesamt und die wirtschaftliche Weiterentwicklung Neuburgs sicherlich. Entlang der vorgesehenen Osttangente von der Grünauer Straße zum Kreisel an der Münchener Straße auf der Bundesstraße 16 wäre auf der **anderen Seite** der geplanten Erholungs- und Grünflächen zum Beispiel **noch Platz für unbedenkliches Gewerbe**. Eine bessere Verbindung der Gewerbegebiete St. Andreas-Straße und (nördliche) Grünauer Straße wäre ein wichtiger Schritt in die Zukunft. Es ist eine Abwägungsfrage: Brauchen wir die Ostlösung wirklich?

Wenn der Bürger „Nein“ sagt, was dann?

Gmehling: Damit hätte ich überhaupt kein Problem. Denn dann sind wir zumindest schon einmal schlauer und wissen, dass diese Lösung für die Menschen in Neuburg nicht infrage kommt – und es wird wohl weiter darüber diskutiert, ob Neuburg überhaupt eine zweite Donaubrücke braucht oder nicht.

Dass die Stadt eine zweite Donaubrücke ohne finanzielle Unterstützung des Freistaats finanzieren kann, ist wohl illusorisch. Wird's aber zumindest mal eine Fuß- oder Radfahrerbrücke geben?

Gmehling: Ich habe ja vor fünf Jahren den Bau einer Notfallbrücke im Westen vorgeschlagen. Dieser Idee haben Freie Wähler und SPD damals aber mit einem Bürgerbegehren einen Riegel vorgeschoben. Auch über kleinere Lösungen wird deshalb wohl kontrovers weiterdiskutiert. Die Entscheidung fällt letztlich der Stadtrat